

Verfolgte Christen

Informationen des IGFM-Referats Religionsfreiheit

aktuell



„Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen!“

Hebr. 13,3

2 - 2017

Liebe Freunde der IGFM,

die Volksrepublik China ist derzeit, unter anderem mittels neuer Bestimmungen zu religiösen Aktivitäten, bemüht, die Kontrolle über die Religionsgemeinschaften auszuweiten. Da kommt es der kommunistischen Führung gerade recht, dass der Vatikan angesichts einer wachsenden Zahl von Christen in dem bevölkerungsreichsten Land der Welt diplomatische Beziehungen mit Peking anstrebt und daher Verhandlungen führt, um eine Normalisierung der Beziehungen herbeizuführen. Vor dem leichtfertigen Aufgeben des Faustpfands der Nichtanerkennung warnt der emeritierte katholische Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kian. Er ist einer von zwei Kirchenmännern mit diesem hohen Rang in China. In der Zeit der Reform- und Öffnungspolitik in China unter Deng Xiaoping war es dem 1932 in Schanghai geborenen Geistlichen erlaubt, in der Volksrepublik in Seminaren zu unterrichten, und so lernte er die Kirche dort gut kennen.

Vor diesem Hintergrund kreidet er es dem Vatikan an, die Bedrängnisse der katholischen Untergrundkirche gering zu schätzen. Konkret hält er Rom vor, Priester, die der von Peking anerkannten Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung angehören, in Untergrundgemeinden eingesetzt zu haben. Rom verfolgt damit zwar das Ziel, einer tieferen Kirchenspaltung vorzubeugen, bewirkt aber Zen zufolge nur eine Schwächung der um Treue zu Rom bemühten Christen. Er spricht davon, dass Priester der Untergrundkirche aus den Gemeinden durch Beamte herausgedrängt wurden. Seine Kritik an dem Vorgehen äußerte er in zahlreichen Interviews.

Auch ich durfte ihn im Mai sprechen. Er versicherte mir, wie bisher für die Menschenrechte eintreten zu wollen. Zum 20. Jahrestag der Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik China

am 1. Juli nahm er – wie traditionell üblich – am Protestmarsch der Menschenrechtsallianz „Civil Human Rights Front“ teil. Seit 1997 hat er mehrfach erfahren, dass die Führung der Kommunistischen Partei Chinas Zugeständnisse zunächst verspricht, sie dann jedoch nicht einhält. „Uns wurden Wahlen und Demokratie versprochen. Jetzt sagen sie, dass wir dies nicht erlangen können. Wir sind hereingelegt worden“, sagte er mir.

In der Sonderverwaltungszone Hongkong wurde ein Gesetz eingeführt, dass der Kirche die Kontrolle über ihre Schulen entzog und diese dem Staat unterstellte. Zu den „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ sagte er: „Das ist nichts Gutes: Darin ist nur von Kontrolle die Rede. Tatsächlich hat die Kontrolle zugenommen. Dies betrifft alle Religionsgemeinschaften, aber besonders die Christen.“ Die chinesischen Kommunisten betrachteten das Christentum als fremde Religion.

In dieser Ausgabe von „Verfolgte Christen aktuell“ geben wir Ihnen ein Überblick über unsere Fallarbeit im Einsatz gegen Christenverfolgung. Der überproportional hohe Anteil an Gefangenen aus China, die wir mit unserer seit 2001 bestehenden Aktion „Gefangene(r) des Monats“ dem Vergessen entreißen wollen, trägt der rigorosen Vorgehensweise des atheistischen Staatsapparats dort Rechnung.

Was sich in der Statistik überhaupt nicht widerspiegeln kann, ist unsere große Sorge um die Christen in Ägypten. In dem Land am Nil lebt die größte christliche Minderheit des Nahen Ostens. Die beklagenswerte Tatsa-



Plakat mit den sieben Opfern des Terroranschlags auf den koptisch-orthodoxen Patriarchatssitz in Alexandria/Ägypten (Foto: M. Koller)

che, dass die Christen in vielen Bereichen noch immer keine Gleichberechtigung erfahren, bekümmert uns fortgesetzt. Vielmehr als diese erschreckt uns jedoch der Auswanderungsdruck, der durch den Terror entsteht, der seit einiger Zeit serienmäßig dort aufflammt. Im April dieses Jahres bin ich als Journalistin in Ägypten gewesen und habe die Gelegenheit zu Solidaritätsbesuchen bei den Christen genutzt. Sie haben mir ihre Sorgen vorgetragen:

„Ich rechne ständig damit, wenn ich irgendwo hingehere, dass ich geschlachtet werde wie viele andere auch, denn es wird viel gehetzt“, sagte mir eine ägyptische Ordensfrau mit Blick auf die sozialen Netzwerke. Ihre Mitschwester erkennt eine Ursache des feindlichen Klimas in den Lehrmaterialien, die trotz wiederholter Ermahnungen seitens der ägyptischen Regierung weiterhin von den Islamgelehrten, auch denen der Universität Al Azhar, verbreitet werden. „Wir müssen im Religionsunterricht gemeinsam erarbeiten, dass wir, ob Muslime oder Christen, alle Geschöpfe Gottes sind und die Religion nur die ganz persönliche Beziehung zu Gott betrifft“, empfahl sie.

Sollten Sie eine Ägyptenreise geplant haben, nutzen Sie bitte die Gelegenheit, den Christen dort zuzuhören und sie zu unterstützen.

Herzlichst und dankbar grüßt Ihre

Michaela Koller



Der ehemalige Bischof von Hongkong Kardinal Zen (Foto: M. Koller)

„Und wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit; und wenn ein Glied geehrt wird, so freuen sich alle Glieder mit.“ (1 Kor 12, 26)

Bilanz Ihrer Unterstützung: Mehr als ein Drittel der Gefangenen sind wieder frei

Religiös-fanatische, nationalistische und ideologische Regime verfolgen Anhänger von Minderheiten weltweit: In vielen dieser Länder leben Christen als Minderheit und stoßen mit ihrem Menschenbild und ihren Vorstellungen von Freiheit schnell an Grenzen. Meist reicht es aber schon, sich Christ zu nennen, sich zu Jesus zu bekennen, um unter Verdacht zu geraten. So sind die Christen die am meisten verfolgte religiöse Minderheit weltweit.

Die IGFM hat im Jahr 2001 ein Projekt ins Leben gerufen, um verfolgte Christen dem Vergessen zu entreißen und sie beim Namen zu nennen. Wir nominieren jeden Monat einen „Gefangenen des Monats“, zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur Idea. Wir rufen dazu auf, für ihn oder sie einzutreten, und, wer dies möchte, zu beten.

In den vergangenen zwei Jahren

haben wir insgesamt 33 Gefangene, Frauen und Männer als „Gefangene des Monats“ nominiert. Davon sind 12 wieder auf freiem Fuß, durch Freispruch oder durch Hinterlegung einer Kautions. Exakt ein Drittel, elf Gefangene, werden im Iran verfolgt, fünf allein in China, vier im radikalislamischen Sudan sowie ebenso vier in Pakistan auf der Grundlage der Blasphemiegesetze, ein Ehepaar in Indien auf der Grundlage der Anti-Konversionsgesetze und zwei Freunde in Laos, wo die kommunistische Partei alle religiösen Aktivitäten zu kontrollieren versucht. Für jeweils einen Gefangenen in Algerien, Eritrea, Indonesien, Kasachstan, Nordkorea und Vietnam setzt sich die IGFM ebenfalls ein, die aufgrund staatlicher Unterdrückung oder gesellschaftlichen Drucks mittels Polizei und Justiz verfolgt werden. Besonders die iranischen Christen sind starker Gefahr ausgesetzt, da sie in ihrer Heimat bleiben, um ohne Unterlass ihren Glauben zu bezeugen.

Der Gefangene aus dem **Jemen** ist kein Opfer des zerfallenen Staates, sondern einer Terrorgruppe: Der indische **Pater Tom Uzhunnalil**, der dem Orden der Salesianer Don Boscos angehört, wurde von einer islamistischen Organisation am 4. März 2016 entführt. In Videobotschaften, die jüngste am 8. Mai dieses Jahres, flehte er seine Regierung an, sich für seine Freilassung stark zu machen. Der indische Bischof George Palliparampil, der demselben Orden angehört, sagte der IGFM Anfang Juni, dass der Kirche keinerlei Informationen vorliegen, die wirklich verlässlich auf ein Lebenszeichen des Entführten hindeuteten. Überraschend hat der jemenitische Außenminister Abdulmalik Abduljalil Al-Mekhaifi Mitte Juli bekannt gegeben, dass der Pater den Erkenntnissen seiner Regierung zufolge noch lebe. Bei einem Treffen mit seinem indischen Amtskollegen Sushma Swaraj sicherte er zu, alles daran zu setzen, die Freilassung des Paters zu erreichen.

August 2015	– Lacheng Ren – ab 18. 11. 2012 – China
September 2015	– Yklas Kabduakasov – ab 14. 8. 15 - Kasachstan
Oktober 2015	– Pervaiz Masih – ab 2. 9. 2015 – Pakistan – 7. 10. 2015 freigekommen
November 2015	– Bountheung Phetsomphone, Neuy – ab 2. 9. 2015 – Laos
Dezember 2015	– Naveed Masih – ab Oktober 2015 - Pakistan
Januar 2016	– Zhang Kai – ab 25. 8. 2014 - China – 24. 3. 2016 freigekommen
Februar 2016	– Nguyen Van Dai – ab Dezember 2015 – Vietnam
März 2016	– Telahoon Nogosi Kassa Rata von 13. 12. 2015 bis 10. 5. 2016 und Hassan Abduraheem Kodi Taour von 18. 12. 2015 bis Mai 2017 – Sudan – freigekommen
April 2016	– Pastor Gu Yuese – von 28.1.16 bis 31.3.16 – China – freigekommen - wieder verhaftet am 7. 1. 17
April 2016	– Pastor Hyeon Soo Lim – ab Februar 2015 – Nordkorea
Mai 2016	– Pastor Yang Hua – ab 9. 12. 2015 – China
Juni 2016	– Yasser Mossayebzadeh – von 13. 5. 2016 bis Ende Mai 2016 – Iran – freigekommen
Juli 2016	– Pastor Anthony mit Ehefrau Prabha – ab 23. Mai 2016 - Indien
August 2016	– Eldar Gurbanov, Yusif Farhadov, Bahram Nasibov – von 24.6.16 bis 6.11.16 – Iran – freigekommen
September 2016	– Slimane Bouhafs – ab Juni 2016 – Algerien
Oktober 2016	– Nabeel Masih – ab 18. 9. 2016 – Pakistan
November 2016	– Amin Nader Afshar, Hadi Askary, Amir Sina Dasht, ab 26. 8. 2016; im Nov. 2016 ist Amir freigekommen
Dezember 2016	– Petr Jasek (von Dez. 2015 bis Febr. 2017), Pastor Kuwal Shemaal (von Dez. 2015 bis 2. 1. 2017), Abdelmoneim Abdelmoula (von Dezember 2015 bis Mai 2017), Pastor Hassan Abdelrahim Kodi (von Dezember 2015 bis Mai 2017) – Sudan – freigekommen
Januar 2017	– Li Heping – ab 10. 7. 2015 – China
Februar 2017	– Pater Thomas Uzhunnalil – ab 4. 3. 2016 – Jemen
März 2017	– Mukhtar Masih – von 28. 1. 2017 bis 16. 5. 2017 – Pakistan – freigekommen
April 2017	– Anoushe Reza-baksh, Soheil Zagarzadeh Sani – ab 20. 2. 2017 – Iran
Mai 2017	– Ogbamichael Teklehaimonot – ab 9. 1. 2005 – Eritrea
Juni 2017	– Basuki Tjahaja Purnama – Indonesien
Juli 2017	– Mohammed Roghangir, Massoud Rezai - ab 12. 10. 2012 - Iran



Ihre Spende überweisen Sie bitte unter dem Kennwort
„Religionsfreiheit“ auf folgendes Konto:
IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00 • Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
IGFM • Bank für Sozialwirtschaft



Um weiteren Einsatz wird gebeten

Fortsetzung zu den Schicksalen einzelner IGFM-Fälle

Mithäftlinge haben den „Gefangenen des Monats September 2016“, Slimane Bouhafis aus Algerien, mehrfach gewaltsam attackiert und gedemütigt, weil er sich zum Christentum bekennt. Der Christ leidet ohnehin schon an entzündlichem Rheuma. Zweimal ist



Slimane Bouhafis (Quelle: Facebook)

er bereits an einen anderen Haftort verlegt worden. Wegen angeblicher Blasphemie wurde er zunächst am 7. August 2016 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Davor war er langen Verhören ausgesetzt, die Unterstützung durch einen Anwalt zur Verteidigung versagten ihm die Behörden. Im Berufungsverfahren am 6. September 2016 gelang es ihm, die Strafe auf drei Jahre hinter Gittern zu verkürzen. Auf Facebook trat der 49-Jährige, der sich im Jahr 2006 taufen ließ, regelmäßig für Demokratie und Religionsfreiheit ein und warb für den Glauben an Jesus Christus.

Der Deutsche Richterbund hat im April in Weimar dem vietnamesischen Menschenrechtsanwalt Nguyen Van Dai seinen Menschenrechtspreis verliehen. Er war „Gefangener des Monats Februar 2016“. In der Laudatio hieß es: „Dais Antrieb war und ist, Vietnam in eine demokratische, freiheitliche und rechtsstaatliche Zukunft zu ‚revolutionieren‘ – gewaltfrei, selbstbewusst und demütig.“ Dais Biografie zeige, dass dies nicht einfach sei, betonte die Laudatorin, Bundestagsabgeordnete Marie-Luise Dött (CDU), die dabei auf seine erneute Inhaftierung im Dezember 2015 verwies.

Da sich Nguyen Van Dai wegen des Vorwurfs, gegen Artikel 88 des Strafgesetzbuchs Vietnam („Propaganda gegen die sozialistische Republik Vietnam“) verstoßen zu haben, noch immer in Untersuchungshaft befindet, war geplant, den Preis seiner Ehefrau zu übergeben. Das haben die vietnamesischen Behörden verhindert: Vu Minh Khanh wurde am 3. April 2017 auf dem Flughafen Hanoi bei der Passkontrolle mitgeteilt, dass sie bis 2019 ihr Land nicht verlassen dürfe. Ihr Ticket wurde von den vietnamesischen Sicherheitsbehörden storniert.

Dai lebte bis zur Wiedervereinigung als Vertragsarbeiter in der DDR, kehrte dann in seine Heimat zurück und studierte Jura. Als Rechtsanwalt setzte er sich mit beeindruckender Beharrlichkeit von Beginn an für die Einhaltung von Menschenrechten ein, organisierte Hilfsprogramme für religiöse Minderheiten und Beratungsstellen für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Gruppen und Studentenvereinigungen.

Informationen über die Arbeit des Referates „Religionsfreiheit“ erhalten Sie bei der IGFM
Borsigallee 9
60388 Frankfurt/M
Tel.: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 0
Fax: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 33
e-mail: religion@igfm.de
www.igfm.de

Dai saß bereits wegen „Propaganda“ von 2007 bis 2011 in Haft und verbüßte anschließend vier Jahre Hausarrest. Ständige Überwachung, unverhohlene Drohungen, ein Einbruch sowie Prügelattacken hielten ihn nicht davon ab, für die Menschenrechte zu bloggen und bedrängte Regimekritiker sowie Angehörige religiöser Minderheiten zu vertreten. Am Tag seiner Verhaftung im Dezember 2015 war er gerade auf dem Weg zu einem Treffen mit

der EU-Delegation, die am jährlichen Menschenrechtsdialog mit Vietnam in Hanoi teilnahm. Nach der Verhaftung brachen eines frühen Morgens rund zwei Dutzend Polizisten bei ihm ein, durchsuchten seine Wohnung und konfiszierten Datenträger sowie Informationen über Menschenrechte und Demokratie. Sie nahmen auch religiöse Literatur mit, wie seine Frau berichtete. „Wir glauben an Jesus. Ich sagte ihnen, dass das unsere Religion sei, aber sie ignorierten meine Worte.“ Die IGFM ernannte ihn, zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur Idea, erstmals im April 2007 zum „Gefangenen des Monats“.

Der „Gefangene des Monats Mai 2016“ Pastor Yang Hua aus China benötigt dringend weitere Unterstützung durch die Öffentlichkeit. Im Januar dieses Jahres wurde er zu einer zweieinhalbjährigen Haft verurteilt. Der Hauskirchenleiter aus Guiyang in der Provinz Guizhou wurde am 9. Dezember 2015 von vier Unbekannten gepackt, in einen Kleinbus ohne Kennzeichen gestoßen und verschleppt. Seine Frau Wang Hongwu war Zeugin. Am 22. Januar 2016 erfolgte schließlich ein offizieller Haftbefehl mit der Begründung, Yang Hua stehe unter dem Verdacht der Weitergabe von Staatsgeheimnissen. Mitglieder seiner Hauskirche „Lebender Stein“ gehen davon aus, dass der Vorwurf konstruiert ist und Yang Hua ein weiteres Opfer der Repressionen ist, denen sie seit Ende 2015 ausgesetzt sind. Sie sind nicht staatlich registriert, haben sich jedoch zur größten Hauskirche in der Region entwickelt mit mindestens 700 Mitgliedern, die sich an drei Orten nicht nur zum Gottesdienst versammeln, sondern auch sozial-karitativ arbeiten.



Pastor Yang Hua aus China (Foto: China Aid)

Die IGFM befürchtet, dass die Regierung die Auflösung anstrebt. Im März 2017 sah er erstmals seine Frau seit seiner Verschleppung wieder. Diese berichtete der Gemeinde von einer schweren Blutgefäßentzündung, die den Pastor ereilt habe. Bei der kurzen Begegnung am 24. März stellte sie selbst Schwellungen, nässende Wunden und sogar Nekrose an Füßen und Schienbeinen fest.

Zwei schlechte und eine gute Nachricht erreichten die IGFM, nachdem sie die Fälle um die „Gefangenen des Monats November 2016“ aus dem Iran vorgestellt hatte: Amin Nader Afshar ist zu 15 Jahren Haft wegen angeblicher Aktionen gegen die nationale Sicherheit und Blasphemie verurteilt worden, Hadi Askary ebenso wegen angeblicher Aktionen gegen die nationale Sicherheit sowie der Gründung und Organisation von Hauskirchen zu zehn Jahren hinter Gittern und zusätzlich zu einer zweijährigen Reisesperre. Amir Sina Dasht kam bereits im November 2016 gegen Kautionsfrei. Sie waren alle am 26. August bei einem Anglerpicknick in der Stadt Firuzkuh festgenommen worden. Sicherheitskräfte, die dem Geheimdienstministerium unterstellt sind, tauchten dort unerwartet auf und führten die Männer ab, die alle Mitglieder einer iranischen Hauskirche sind. Für die Festnahme gab es keine Grundlage. Amin Nader kam bereits Weihnachten 2014 hinter Gitter und erst im Februar darauf wieder frei.

Der „Gefangene des Monats Juni 2016“ Yasser Mossayebzadeh kam zwar bereits Ende Mai 2016, nach unserem Redaktionsschluss, gegen Kautionsfrei. Jedoch ereilte die IGFM am 11. Juli 2017 die traurige Nachricht, dass er zusammen mit Saheb Fadaie, Mohammad Reza Omidi and Youcef Nadarkhani zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt worden ist. Im Jahr 2012 entging Letzterer nur knapper Todesstrafe, die 2010 wegen „Abfall vom Islam“ gegen ihn verhängt worden war. Nun ist der Konvertitenpastor Nadarkhani wieder im Visier der iranischen Willkürjustiz. Am 13. Mai 2016 wurde er gemeinsam mit seiner Frau in seinem Haus willkürlich festgenommen und für einen Tag in Haft gehalten.

In einem Urteil vom 24. Juni 2017 wurden nun zehn Jahre Haft und anschließend zwei weitere Jahre Verbannung gegen ihn verhängt, die er in

Nikshahr rund 2.000 Straßenkilometer entfernt von seiner Familie im Süden verbüßen soll. Zu den Gründen gehörten seine Hauskreisaktivitäten. Außerdem wurde er beschuldigt, „Zionist“ zu sein. In den drei Verfahren gegen Yasser Mossayebzadeh, Saheb Fadaie und Mohammad Reza Omidi wurden auch jeweils 80 Peitschenhiebe wegen des Trinkens von Wein beim Abendmahl verhängt. Konvertiten werden nicht als Christen anerkannt, daher ist für sie im Iran Alkoholkonsum tabu.

(Michaela Koller)



Das Evin-Gefängnis in Teheran, wo viele Glaubensgefangene schon eingesperrt wurden. (Foto: Ehsan Iran)

Seine Exzellenz
Xi Jinping
Staatspräsident, Generalsekretär
der Kommunistischen Partei der
Volksrepublik China
via
Botschaft der VR China
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin

Exzellenz,

Pastor Yang Hua von der Kirche „Lebender Stein“ ist am 9. Dezember 2015 festgenommen worden und seit 22. Januar 2016 liegt der offizielle Haftbefehl vor. Zusammen mit einem weiteren Pastor leitet er die Hauskirche in Guiyang in der Provinz Guizhou. Ihm wird nun die Weitergabe von Staatsgeheimnissen vorgeworfen. Der Vorwurf erfolgt ohne Grundlage.

Menschenrechtsorganisationen berichten von einer Reihe von Verhaftungen von Mitgliedern und anderen Repressionen. Exzellenz, ich bitte Sie, die in der chinesischen Verfassung garantierte Religionsfreiheit zu achten und sich für die umgehende Freilassung von Pastor Yang Hua einzusetzen und von einer weiteren Verfolgung der Hauskirchenmitglieder abzusehen.

Hochachtungsvoll

Musterbrief

Seine Exzellenz
Staatspräsident
Isayas Afewerki
via
Botschaft des Staates Eritrea
Stavangerstrasse 18
10439 Berlin
Fax 030 - 446746-21

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich schreibe Ihnen, um Sie auf das Schickal des eritreischen Pastors Ogbamichael Teklehaimanot aufmerksam zu machen. Er ist mit einer sechsmonatigen Unterbrechung bereits seit Januar 2005 in Haft.

Der Pastor der Kirche Kale Hiwot (Wort des Lebens) hatte am 9. Januar 2005 in der Provinzhauptstadt Barentu (Gash-Barka) an einer Vermählung teilgenommen und damit allein sein Recht auf Religionsfreiheit wahrgenommen. Eritrea ist dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beigetreten.

Ich bitte daher, den Inhaftierten umgehend freizulassen.

Mit freundlichen Grüßen

Helfen Sie bitte, diese Informationen zu verbreiten. Fragen Sie in der Geschäftsstelle gerne auch nach der elektronischen Ausgabe:

religion@igfm.de

oder +49 (0) 69 - 42 01 08 - 0

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt
Tel.: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 0
Fax: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
USt ID Nr. DE 1142 35 684

Redaktion: Michaela Koller (Leitung), Karl Hafen
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Sektion Österreich:
Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien
Tel.: +43 - 991 9 43 99 20
Fax: +43 - 1 - 2 36 92 31

Sektion Schweiz:
Birkenweg 1, CH-2560 Nidau
Tel.: +41 - 32 - 3 31 75 67
Fax: +41 - 32 - 3 31 57 81

Herausgabe bezuschusst aus Mitteln der Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen. Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.

Im Frühjahr 2017 ist es erneut zu zahlreichen Verhaftungen von freikirchlichen Christen in Eritrea gekommen. Um den eritreischen Nationalfeiertag am 24. Mai 2017 kam es zu 122 Verhaftungen, wie die Organisation Christian Solidarity Worldwide meldet. Der Meldung zufolge wurden allein am 21. Mai 2017 49 evangelische Christen während einer Hochzeitsfeier, darunter das Brautpaar, festgenommen.

Bereits am 17. Mai wurden in der Stadt Adi Kwala über 35 Mitglieder einer Pfingstgemeinde inhaftiert, nachdem zuvor alle Bewohner zu ihrer Religionszugehörigkeit befragt worden waren.

Der vom US-Außenministerium veröffentlichte Bericht zur weltweiten Religionsfreiheit geht davon aus, dass 2016 in Eritrea 1.200 bis 3.000 Personen wegen ihres religiösen Glaubens eingesperrt waren. Genauere Zahlen ließen sich nicht benennen, da die Regierung diese geheim hält und Zeugen einschüchtert. Nur einzelne Freilassungen und Verhaftungen werden nicht öffentlich.

In einem mutigen, auch noch 2017 aktuellen, Hirtenbrief zum Unabhängigkeitstag am 24. Mai 2014 schrieben die vier katholischen Bischöfe Eritreas: „Die Menschen wären nicht gezwungen, unser Land zu verlassen, wenn die Lebensbedingungen anständig wären“. Dabei bezogen sie sich auf die Probleme, mit denen sich die Bürger des Landes konfrontiert sehen, an erster Stelle der Zerfall der Familien, deren Mitglieder entfernt voneinander leben, weil die Militärzeit lange dauert, oder Familienmitglieder sich im Gefängnis oder in Rehabilitations-Einrichtungen befinden. Hinzu kommen nach Ansicht der Bischöfe die brachliegende Wirtschaft, das schlechte Bildungssystem, die Willkür der Gesetze und das Fehlen von Perspektiven. Die Bischöfe fordern die Achtung der Menschenrechte von Gefangenen: „Menschen, die festgenommen werden, müssen menschlich behandelt und von einem Gericht verurteilt werden“.

Menschenrechtsorganisationen bezeichnen Eritrea mehrfach bereits als das „Nordkorea Afrikas“. Von 170.000 Flüchtlingen, die 2016 nach Italien kamen, waren rund 20.000 aus Eritrea. Über 90 Prozent der eritreischen Asylsuchenden werden in

Deutschland anerkannt.

Am 12. Juli 2017 wurde der seit 2006 unter Hausarrest stehende eritreisch-orthodoxe Patriarch Abune Antonios 90 Jahre alt. Er ist das prominenteste kirchliche Opfer der neomarxistischen Regierung. Ihm wurde 2012 der Frankfurter Stephanuspreis



Patriarch Abune Antonios
(Foto: Eritreisch-Orthodoxe Tewahedo-Kirche)

für verfolgte Christen verliehen.

Dem neomarxistischen Regime in Eritrea unter dem seit 1993 regierenden Präsidenten Isaias Afewerki werden seit langem gravierende Menschenrechtsverletzungen wie die Verfolgung von Journalisten, Bürgerrechtlern und religiösen Gemeinschaften - Christen wie Muslimen - vorgeworfen.

Im Mai 2002 hatte Staatspräsident Isaias Afewerki alle Angehörigen staatlich nicht erlaubter Kirchen - darunter 35 evangelikale - mit der Begründung, sie wirkten staatszersetzend, zu Staatsfeinden erklärt. Zugelassen sind neben dem Islam nur die orthodoxe, die katholische und die lutherische Kirche, die überwacht Gottesdienst feiern dürfen. Von den rund fünf Millionen Einwohnern sind jeweils rund 48 Prozent Christen und Muslime. Vier Prozent sind nichtreligiös oder Anhänger traditioneller Religionen.

Zunächst waren von der Verfolgung nur protestantische Freikirchen betroffen. Ein Beispiel: Ogbamichael Teklehaimanot, Pastor der den Baptisten nahe stehenden Kirche „Kale Hiwot“

(Wort des Lebens) und „Gefangener des Monats Mai“, wurde am 9. Januar 2005 in der Provinzhauptstadt Barentu im Westen des Landes festgenommen, weil er an einer christlichen Trauung teilgenommen hatte. Er musste zunächst in einem Militärlager zehn Monate in Einzelhaft verbringen. Erst 2011 kam er zeitweise frei. Im Zusammenhang mit dem Versuch eines Gemeindemitglieds, ins Ausland zu flüchten, wurde der Pastor nach einem halben Jahr erneut verhaftet.

Die Absetzung des Patriarchen der eritreisch-orthodoxen Kirche Abune Antonios im Januar 2006 und der gegen ihn verhängte Hausarrest markieren das Übergreifen auf andere kirchliche Gemeinschaften.

Mindestens 31 Christen kamen seit 2002 bis 2017 nach Angaben von verschiedenen Organisationen in den Lagern und Gefängnissen zu Tode. Manche starben lieber, als dass sie bei Widerruf ihres Glaubens medizinische Hilfe erhielten. Die Häftlinge sind teilweise unter unmenschlichen Bedingungen in nicht klimatisierten Transportcontainern in Militärlagern wie etwa Mai Serwa in der Nähe der Hauptstadt Asmara eingesperrt. Zu den Haftorten gehören auch die Lager Sawa und Gelalo sowie Polizeistationen in Asmara und anderen Städten. Regierungsbeamte verweigern internationalen Organisationen den Zugang zur Überprüfung der Haftbedingungen.

Durch die 2002 geänderte Version der Übergangsverfassung wurde das Fundament für ein System ohne Gewaltenteilung, ohne unabhängige Medien und für ein Einparteienregime gelegt. Auch das Übergangsparlament gilt seit diesem Zeitpunkt als zeitlich unbefristet. Der im Jahr 2017 seit 24 Jahren regierende Afewerki vereint als Staatspräsident in seiner Person die Position des Staatsoberhauptes, des Regierungschefs, des Oberbefehlshabers der Streitkräfte sowie des Chefs der einzigen zugelassenen Partei „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ (PFD).

Setzen Sie sich für den eritreischen Gefangenen des Monats Mai 2017 und für den 90-jährigen kranken Patriarchen Abune Antonios ein und bitten Sie beim Staatspräsidenten um die sofortige Freilassung. (Walter Flick)

Fanatismus befördert Schauprozesse und Ausschreitungen

Indonesien, bevölkerungsreichstes islamisches Land der Erde, pendelt zwischen zunehmender Islamisierung und einer Abwehr derselben: Präsident Joko Widodo hat Mitte Juli 2017 ein Gesetz unterzeichnet, wonach radikale islamische Organisationen schneller verboten werden können. Diese Organisationen haben in der letzten Zeit an politischem Gewicht zugelegt und zunehmend auf staatliche und gesellschaftliche Institutionen Druck ausgeübt. Beobachter führen monatelange interreligiöse Spannungen sowie die überraschend harte Verurteilung des ehemaligen Gouverneurs von Jakarta, Ahok genannt, darauf zurück.

Die IGMF hatte den Christen Ahok, der eigentlich Basuki Tjahaja Purnama heißt, zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur Idea zum „Gefangenen des Monats“ ernannt. Die internationale Öffentlichkeit horchte auf, als er am 9. Mai unter dem Jubel islamistischer Massen nach fünfmonatigem Prozess wegen Blasphemie vom Distriktgericht zu zwei Jahren Haft verurteilt worden war, nachdem der Staatsanwalt lediglich eine Bewährungsstrafe gefordert hatte. Basuki hat als Korruptionsgegner sowie auch als Christ Feinde.

Er hatte offen über das Wahlhindernis aufgrund einer wörtlichen Auslegung der 5. Koransure gesprochen, worin steht, Muslime sollten weder Freundschaft mit Christen noch mit Juden knüpfen. Die Haft trat er mit einer Bibel im Gepäck an, die er - seiner Schwester zufolge - gerne liest. In Indonesien, aber weniger in Europa, ist ein Zitat von ihm über die Gefahr, getötet zu werden, verbreitet, das er an Philipper 1,21 anlehnte: „Schickt dann einfach den Sarg mit meiner Leiche zur meiner Heimatinsel Belitung mit der Aufschrift: ‚Christus ist mein Leben, und Sterben ist mein Gewinn.‘“

Am Tag nach seiner Verurteilung wurde „Ahok“, wie er mit seinem chinesischen Spitznamen heißt, in das Polizeigefängnis eines Vororts gebracht. Unmittelbar nach dem Urteil hieß es,

er gehe dagegen in Berufung: Nun hat er, um die interreligiösen Spannungen nicht weiter eskalieren zu lassen, seinen Antrag zurückgezogen und die Haft auf sich genommen. Damit ist er, obwohl einst aussichtsreicher Kandidat, auch politisch aus dem Rennen.



Basuki als Gouverneur
(Foto: Regierung von Jakarta)

Organisationen wie etwa die Hizbut Tahrir Indonesia (HTI) kämpfen für die Scharia und letztlich ein Kalifat, in dem Christen und andere religiöse Minderheiten nur noch Bürger zweiter Klasse sind. Gruppen wie diese dürften in den Fokus der Regierung geraten sein, als sie das eingangs erwähnte Gesetz änderte.

Präsident Joko Widodo, der entschieden gegen die Korruption im

Land angetreten ist, zeigt sich bemüht, den Ruf seines Landes als Exempel für religiöse Toleranz wieder herzustellen. Das ist nicht zuletzt auf internationale Appelle zurückzuführen. Die überwältigende Mehrheit Indonesiens bekennt sich zum Islam, dem Zensus von 2010 zufolge sind es 87 Prozent der Bevölkerung. Neben dem Islam sind noch fünf weitere Gemeinschaften von der Regierung offiziell anerkannt: Hinduisten (zwei Prozent), Buddhisten (ein Prozent), Anhänger von Konfuzius und seinen Schülern (ein Prozent), Katholiken (drei Prozent) und alle protestantischen Bekenntnisse (sieben Prozent). Andere Gemeinschaften können sich nur als soziale Organisationen anmelden.

Als Klammer dient die Idee der „fünf Prinzipien“, der Pancasila: der Glaube an Gott, die Achtung der Menschenwürde, die nationale Einheit, die Demokratie und die soziale Gerechtigkeit. Um die Auslegung entzündeten sich von Anfang an unterschiedliche Auseinandersetzungen: Haji Mohamed Suharto, Diktator von 1966 bis 1998, drängte sowohl Kommunisten als auch Islamisten zurück. Er begann jedoch in späteren Jahren mit der Islamisierung des Rechtssystems, um an Popularität zu gewinnen. Er besetzte das inzwischen mehrheitlich katholische Osttimor und war für gravierende

Menschenrechtsverletzungen dort verantwortlich. Die Minderheit der Chinesen, von denen nur wenige zum Islam konvertiert sind, diskriminierte er weiter. Die Asienkrise schließlich beendete seine Macht und seither blühen islamistische Gruppen auf, die sich soziale Spannungen zu Nutze machen. Opfer dieses Fanatismus sind auch schiitische und Ahmadi-Muslime, was durch grauenvolle Gewaltakte international offenbar wurde - ebenso wie durch Schauprozesse.

Ganz eklatant werden Christen seither in einer Reihe von Fällen davon abgehalten, sich in Sicherheit zum Gottesdienst zu versammeln. Islamistische Organisationen wie die Islamische Verteidigungsfront setzen dabei den Staat unter Druck, Kirchen zu schließen. Neubau oder nur Renovierung von Kirchen werden so schließlich wirksam unterbunden.

Ein berühmtes Beispiel ist die Yasmin-Kirche in Bogor West-Java, die der Bürgermeister im April 2010 schließen ließ. Im Dezember 2010 hatte er das Grundrecht der Gemeinde, dort die heilige Messe zelebrieren zu dürfen, bestätigt. Der Bürgermeister, der wechselnde Gründe für die Schließung vorbrachte, ließ das Gotteshaus nicht öffnen. Ein jahrelanges Gezerre um die Frage der Öffnung der Kirche hat damals begonnen. Wenn die Gemeinde außerhalb der Kirchenmauern feierte, griffen drei islamistische Gruppen an. Seit 2012 reisen Christen aus Bogor regelmäßig zum Präsidentenpalast, um aus Protest davor Gottesdienste zu feiern. Der Ausgang bleibt weiter offen. In der rigide islamisch geprägten Provinz Aceh ordneten die örtlichen Behörden sogar die Zerstörung von Kirchen an, nachdem radikale Muslime Kirchen in Brand gesteckt und Christen ermordet hatten.

Bereits vor zwei Jahren wurde in Indonesien ein Gesetz eingeführt, um Christen und andere Minderheiten besser zu schützen. Auch ist die Eintragung der Religionszugehörigkeit in den Personalausweis nicht mehr zwingend erforderlich. Dennoch ist es noch ein weiter Weg zum Leben in Sicherheit und zur Gleichberechtigung der Christen angesichts massiver Versuche durch Islamisten, die Gesellschaft zu destabilisieren. (Michaela Koller)